

# Politikinteresse rechtzeitig wecken

Eine Demokratie funktioniert nur, wenn Mitbestimmungsmöglichkeiten genutzt werden. Ob sich Heranwachsende für die gemeinsame Sache interessieren und einsetzen, hängt nicht nur von ihrer Sozialisation ab. Der Potsdamer Professor Hans Oswald fordert, dass Jugendliche Demokratie praktisch erproben können – etwa in der Schule.

Eine wichtige Entwicklungsaufgabe im Jugendalter ist die Ausbildung der politischen Identität. Dazu gehört der Glaube an die Legitimität der demokratischen Verfassung, wie sie im Grundgesetz niedergelegt ist. Eine politische Identität zu entwickeln heißt weiter, dass junge Menschen sich darüber klar werden müssen, welchen Stellenwert Politik für sie hat, wie sie sich im Spektrum politischer Meinungen verorten und wie sie politisch handeln wollen. Sie müssen Ansichten dazu entwickeln, was sie politisch für richtig oder falsch halten und in welcher Weise sie bereit sind, sich dafür einzusetzen.

Die Jugendlichen können sich dieser Entwicklungsaufgabe nicht entziehen, weil sie sich spätestens im Alter von 18 Jahren entscheiden müssen, ob und wie sie ihr Wahlrecht wahrnehmen. Auch Uninteressierte und Uninformierte, die nicht zur Wahl gehen, fällen eine politische Entscheidung und handeln politisch. In diesem Sinne entwickelt auch der so genannte unpolitische junge Mensch eine politische Identität. Da indessen die Stärke der Demokratie von der Bereitschaft der Bürger abhängt, sich zu beteiligen und sich um die Belange der Anderen und der Allgemeinheit zu kümmern, und da es wichtig ist, dass die Regierten über die eigene Beteiligung die Regierenden kontrollieren, sollten Schule, Politiker und Institutionen der politischen Bildung alles daran setzen, Jugendliche zur Entwicklung einer aktiven politischen Identität anzuregen und zu befähigen.

## Stellenwert der Politik

Immer wieder wird das politische Desinteresse der Jugendlichen beklagt. Interesse entzündet sich aber nun einmal an der Dringlichkeit von Problemen und Politik ist nicht das dringlichste Problem von Jugendlichen. Andere Entwicklungsaufgaben und Nöte stehen im Vordergrund und müssen vorrangig gelöst werden. Dazu gehören die Aufgaben, das Verhältnis zu den Eltern umzugestalten, den passenden Umgang mit Partnern für Liebe und Sexualität zu lernen und – ganz zentral – Schule und Ausbildung.



Bestandteil der Demokratie ist auch, dass Jugendliche erkennen, wie wichtig das Wählen ist.

Foto: picture-alliance (dpa), Frankfurt/M.

Verglichen mit dem Handlungsdruck auf diesen Gebieten ist die Aufgabe der politischen Identitätsentwicklung für Jugendliche von geringerem aktuellen Gewicht. Entsprechend ist ihr durchschnittliches politisches Interesse nur mäßig ausgebildet. Dies gilt auch für die frühere Jugendzeit der meisten, die als Politiker oder Lehrer das politische Desinteresse der heutigen Jugendlichen beklagen. Der empirische Befund, dass Politik in der Rangordnung von Lebensbereichen nur einen hinteren Platz einnimmt, ist keineswegs alarmierend. Dies liegt u. a. daran, dass den Jugendlichen politische Verantwortung noch nicht gegeben und zugetraut wird. Warum sollen sie sich für Probleme interessieren und einsetzen, an deren Lösung sie nicht beteiligt werden? Aus diesem Grund wird in Deutschland gelegentlich die Forderung erhoben, das Wahlalter – wie z. B. bereits in Niedersachsen geschehen – zumindest bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Werden die noch nicht wahlberechtigten 16- bis 17-Jährigen dazu be-

fragt, so sprechen sich zwei Drittel in den alten und 50 Prozent in den neuen Bundesländern für das generelle Absenken des Wahlalters aus.

## Sondereffekte

Ausgelöst durch bestimmte spektakuläre Ereignisse kann Politik zeitweise dennoch einen größeren Stellenwert im Leben von Jugendlichen gewinnen – wie beispielsweise in der Protestbewegung der 1960er Jahre, die bei einem Teil der Aktivisten zu einer langfristigen politischen Mobilisierung führte. In jüngerer Zeit zeigten sich solche Effekte, als im Zusammenhang mit der politischen Wende das politische Interesse der Jugendlichen in der DDR sprunghaft anstieg. Dass dieses Interesse danach schnell wieder auf und unter das Niveau westdeutscher Jugendlicher absank, kann teilweise auf Enttäuschung darüber beruhen, dass sich die Lebensverhältnisse nicht rasch genug angleichen. Für das Gefühl, von der Politik des demokratischen Systems ungerecht behandelt zu werden, sind die hohe Arbeitslosigkeit und der Lehrstellenmangel in den neuen Bundesländern von besonderer Bedeutung. Das Absinken des Interesses ist aber auch Ausdruck dafür, dass im realen Leben der meisten Jugendlichen in Ost und West andere Prioritäten gelten.

Normalerweise steigt das politische Interesse mit dem Alter kontinuierlich an und erreicht einen Gipfelpunkt, wenn die Jugendlichen wahlmündig werden. In einer Untersuchung der Universität Potsdam, bei der Erstwähler seit ihrem Besuch der 10. Klasse mehrfach befragt wurden, zeigte sich, dass das Erreichen des Wahlalters zu Wahlzeiten Handlungsdruck erzeugt und damit zu Auseinandersetzungen um die zur Verfügung stehenden Optionen führt. Neben den Massenmedien wird dann besonders die Schule zu einer wichtigen Informationsquelle, worauf im politischen Unterricht mit verstärkten Informationen zu Parteiprogrammen, Politikerpersönlichkeiten und Wahlsystem reagiert werden kann. Die dadurch stattfindende

Mobilisierung des politischen Interesses und der politischen Handlungsbereitschaft ist in Berufsschulen geringer als in Gymnasien und Oberstufenzentren. 18-jährige Schüler und Schülerinnen beteiligen sich auch tatsächlich zu einem größeren Prozentsatz an Bundestagswahlen als Jugendliche in Ausbildung und Beruf.

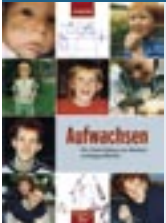
Gymnasiasten sind bereits vor Erreichen des Wahlalters durchschnittlich politisch interessierter als Haupt-, Real- und Gesamtschüler. Schüler des Gymnasiums scheinen durch den politischen Unterricht besser erreicht zu werden als die Schüler anderer Schultypen. Aus diesen Befunden sollten insbesondere für den politischen Unterricht an Berufsschulen Folgerungen gezogen werden. Zusätzlich erklärt sich der Vorsprung der Gymnasiasten allerdings auch daraus, dass sie überproportional häufig gebildete und informiertere Eltern haben, die selbst politisch interessiert sind.

## Engagement fördern

Jugendliche, die Aufgaben für die Klassen- und Schulgemeinschaft übernehmen, sind politisch interessierter als andere. Insofern sind auch die Möglichkeiten, die sich aus der Schülermitverwaltung in den bestehenden Schulgesetzen ergeben, positiv zu bewerten. Aus amerikanischen Untersuchungen wissen wir, dass die Beteiligung an der Selbstverwaltung der Schule die politische Beteiligung im Erwachsenenalter voraussagt. Ähnliches gilt für soziale Arbeiten, die in amerikanischen Schulen als extracurriculare Aktivitäten angeboten werden. Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen, freiwilliges soziales Engagement, aber auch die Übernahme von Verantwortung für jüngere Schüler scheinen dazu zu führen, dass über das Funktionieren von Gemeinwesen nachgedacht und die Bereitschaft erzeugt wird, sich für andere einzusetzen. Leider ist freiwilliges soziales Engagement unter deutschen Jugendlichen weniger verbreitet als in Ländern wie beispielsweise Schweden, den Niederlanden, Großbritannien und Belgien, obgleich Jugendliche auch in Deutschland über ein großes Potenzial von Hilfsbereitschaft verfügen. Alle Schulen sind deshalb dazu aufgerufen, im Dienste der Erziehung zur demokratischen Mitbürgerlichkeit und demokratischen Beteiligung die Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuweiten und das freiwillige soziale Engagement von Schülern zu fördern. ◀

Hans Oswald

**Service**



**„Schüler“**  
 Der komplette Beitrag von Prof. Hans Oswald ist im Jahresheft „Schüler“ (Friedrich Verlag, Bestell-Nr. 39010, 13,50 Euro) erschienen, das dieses Mal dem Thema „Aufwachsen“ gewidmet ist.

**Hintergrund**

**Die nächsten Landtagswahlen**

- Schleswig-Holstein: 20.2.2005
- Nordrhein-Westfalen: 22.5.2005
- Rheinland-Pfalz: Frühjahr 2005

**Autor/Ansprechpartner**



**Prof. Hans Oswald**  
 Universität Potsdam  
 Institut für Pädagogik  
 Postfach 60 15 53  
 14415 Potsdam  
 oswald@rz.uni-potsdam.de